

Radfahrer benachteiligt

WAS BÜRGER ÄRGERT: Keine Räumpflicht bei Wirtschaftswegen

VON KLAUS KADEL-MAGIN

HAUENSTEIN/HINTERWEIDENTHAL. Für Radfahrer ist aktuell nicht die beste Saison. Es gibt aber einige, die es dennoch auf ihre zwei Räder zieht, selbst bei Minusgraden. Dann jedoch ist mancher Radweg unpassierbar, da schlicht nicht geräumt wird. Der Radweg zwischen Hauenstein und Hinterweidenthal ist so ein Fall, was den Windsberger Dennis Schneble nervt. Für die Verbandsgemeinde Hauenstein ist jedoch klar: „Das ist kein klassischer Radweg.“

Schneble ist Radfahrer aus Passion und praktisch täglich im Sattel. Das kann dann auch mal eine 230 Kilometer lange Tour über Luxemburg werden, die der Windsberger mit seinem Rad an einem Tag zurücklegt. Ausgebremst wird er dabei jedoch allzu oft direkt vor der Haustür von solch ungepflegten Abschnitten wie der Strecke zwischen Hinterweidenthal und Hauenstein, die immerhin eine Schlüsselstrecke darstellt auf dem Weg in die Vorderpfalz. „Wenn es geschneit hat oder Frost herrscht, dann ist dort dicht“, so Schnebles Erfahrung. In der Stadt habe er keine Probleme. Dort würden auch immer die Radwege geräumt, lobt der Windsberger. „Die haben auch nicht so viele“, räumt er ein. Problematisch seien bei Schnee und Eis bestimmte Strecken im Kreis, besonders die Route nach Hauenstein. „Der Weg liegt im Schatten und taut nur langsam“, so Schneble. Sein Rad mit Spikes auszustatten, sei keine Lösung, da diese auf freien Strecken dann wieder zum Problem würden.

„Das ist nur ein Wirtschaftsweg der nicht gestreut, aber auch nicht gesperrt wird“, sagt der Hauensteiner Verbandsbürgermeister Werner Kölsch. Die Verbandsgemeinde ist für den Radweg zuständig, der parallel zur B 10 verläuft. Ein als Radweg gewidmeter Weg müsste geräumt und gestreut werden. Im Fall der Strecke von Hinterweidenthal nach Hauenstein jedoch sei Radlern nur erlaubt, den Wirtschaftsweg mitzunutzen, erklärt Kölsch die gesetzlichen Feinheiten. Der Verbandsbürgermeister betonte, dass auch er ein fleißiger Radfahrer sei und oft mit dem Rad zur Arbeit fahre. Bei Eis und Schnee allerdings sei ihm das zu gefährlich.

Für Unterhalt und Betrieb sei klar die Verbandsgemeinde zuständig, erfährt Schneble auch vom rheinland-pfälzischen Verkehrsministerium. Das Land habe sich zwar am Bau betei-



Der Weg zwischen Hinterweidenthal und Hauenstein liegt im Schatten, sodass die Fahrbahn bei Schnee und Eis nur langsam abtaut. FOTO: KLAUS KADEL-MAGIN

ligt, da es für Radler auf der B 10 in dem Bereich zu gefährlich sei. Es sei jedoch vereinbart worden, dass der Weg in der Verantwortung der Verbandsgemeinde bleibe.

Für Schneble ist das auch im Hinblick auf den sich entwickelnden Radtourismus keine Lösung. „Als Winterfahrer bin ich hier durchaus keine Rarität“, fasst er seine Beobachtungen auf den südwestpfälzischen Radwegen zusammen. Die nicht geräumten Radwege sieht er als Diskriminierung der Radfahrer, die im übrigen auch sonst immer den Kürzeren ziehen müssten. Als Beispiel nennt er eine Sperrung der Strecke bei Hauenstein wegen Forstarbeiten ohne irgendeine Anknüpfung. Die Radfahrer würden schlicht vergessen.

„Da kann man nur appellieren“, meint Sara Tsudome, die Geschäfts-

führerin des rheinland-pfälzischen Landesverbandes vom Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC). Eine Räumpflicht gebe es nur bei benutzungspflichtigen Radwegen. Im Fall der Strecke zwischen Hinterweidenthal und Hauenstein sei die Gemeinde in der Tat nicht verpflichtet, den Schnee auf der Radtrasse zu räumen. Selbst bei Radwegen im Stadtgebiet sei die Regelung so, dass die Anwohner eigentlich für die Räumung zuständig seien. Und meist müsse nur so geräumt werden, dass Laufen auf dem Weg gefahrlos möglich ist. „Die Gesetzeslage ist für Radfahrer nicht sehr freundlich“, moniert sie.

INTERNETBLOG

Dennis Schneble betreibt einen Blog zu seinen Erfahrungen auf Radwegen in der Region: <http://dschneble.tssd.de/blog/>

Gewinn im Forst wächst kräftig

GEISELBERG: Steckel weist Kritik an Einschlag zurück

VON ANDREA DAUM

Das Forstjahr 2017 bringt der Gemeinde Geiselberg nach derzeitigem Stand 18.190 Euro Gewinn, die in den Haushalt einfließen können. Das Betriebsergebnis liegt damit deutlich über der im Forstwirtschaftsplan angestrebten schwarzen Null. Kalkuliert worden war mit einem Gewinn von 500 Euro. Darüber informierte am Dienstag Revierleiter Christoph Wagner den Gemeinderat.

Auch für das gerade begonnene Forstwirtschaftsjahr 2018 kalkuliert der Revierleiter vorsichtig. Er plant mit einem Einschlag von 2000 Festmetern und einem Gewinn von 600 Euro. Ziel sei es, in diesem Jahr unter dem im Forsteinrichtungswerk vorgesehenen Hiebsatz von 1980 Festmetern zu bleiben, sagte Wagner – wenn es keine größeren Schadensereignisse gibt, die ein Eingreifen erfordern.

Geplant seien jetzt zu Jahresbeginn zwei größere Hiebe, die 1500 Festmeter Holz bringen. Damit ist der Großteil der in diesem Jahr vorgesehenen Holzproduktion bereits abgearbeitet. Er werde dann schauen, ob im Herbst noch Arbeiten notwendig sind, erläuterte Wagner.

Im vergangenen Jahr hatte er mit 2270 Festmetern mehr Holz eingeschlagen als geplant, was dazu beitrug, dass das Betriebsergebnis besser ausfällt, als erwartet. Drei Faktoren hätten zum Mehreinschlag beigetragen. Erstens: Die anfallende Holzmenge habe er teilweise etwas zu vorsichtig eingeschätzt, sagte Wagner. Dazu seien dann 100 Festmeter gekommen, die bei einem Sturm umgeworfen wurden, und es habe Fichte aufgearbeitet werden müssen, die vom Borkenkäfer befallen war.

Den Blick voraus wagte Burkhard Steckel, der Leiter des Forstamtes Johanniskreuz. Was den Holzmarkt angeht, zeigt er sich in der allgemeinen Entwicklung optimistisch: „Der Holzmarkt sieht positiv aus“, sagte Steckel. Große Windwurfmengen, die 2017 nach Stürmen in Bayern, Polen, Tschechien auf den Markt kamen, seien aufgearbeitet. Die Nachfrage sei gegeben.

Für Geiselberg ist relevant, was in den nächsten zehn Jahren im Forst passieren soll. Wie berichtete, startet in Wagners Revier – zu diesem gehören neben Geiselberg auch Schmalen-

berg, Waldfishbach-Burgalben, Steinalben und der Hembachwald – die neue Forsteinrichtung. Steckel forderte Interessierte dazu auf, daran aktiv mitzuarbeiten. Dazu werde es ein Informationsgespräch mit dem Forsteinrichter geben.

Mit Blick auf die immer wieder zu hörende Kritik, dass zu viel Holz eingeschlagen werde, sagte Steckel, dass gerade der Geiselberger Wald einen Holzvorrat aufgebaut habe, der deutlich überdurchschnittlich sei. Da gelte es zum Teil schon aufzupassen, dass der Wald nicht überaltert, weil ansonsten die Zuwachsraten sinken würden und Wert verloren gehe.

Es sei zu erwarten, dass die Hiebsätze für die Buche nach oben gehen werden. Die waren im gesamten Forstamt wohl zu niedrig angesetzt. Vor allem in Kiefer-Buche-Mischwäldern greife die Buche massiv den Lebensraum der Kiefer an. „Nicht schmunzeln, zuhören“, mahnte er Skeptikern im Rat, die eher für niedrigere Einschlagmengen plädierten.

„Die Buche ist eine Arme-Leute-Baumart“ – zu 70 Prozent nur Industrieholz.

„Die Buche ist eine Arme-Leute-Baumart“, stellte Steckel fest. Von den 120 Jahre alten Buchen, die geschlagen werden, seien 70 Prozent nur als weniger wertvolles Industrieholz zu verkaufen. Die deutlich besseren Deckungsbeiträge steuerten die Nadelbäume bei. Auch darauf müsse man neben Nachhaltigkeit schauen, wenn ein Betrieb ordentlich gestaltet werden soll. „Mein Credo ist mit Blick auf den Wald schon immer gewesen, dass es gelingen muss, das Wertvolle, das wir haben, auch den nachfolgenden Generationen zu überlassen“, sagte Steckel.

Der Rat beschloss einstimmig, die Forsteinrichtung anzugehen, und segnete den Forstwirtschaftsplan 2018 ab. In diesem Zusammenhang wurde noch auf die ökologisch wertvolle Altholzinsel verwiesen, die, wie berichtet, im Wald unterhalb der Firma Hager-Tehalit entsteht. Auf dieser Fläche von einem Hektar wird nicht mehr eingegriffen, der Wald wird in diesem Bereich sich selbst überlassen. Diese Altholzinsel wird beim Revierbegang am 6. April auch angesteuert und offiziell noch mal vorge stellt.

WC-Häuschen: Großes Medieninteresse



Ein TV-Team befragt Joachim Font vor der WC-Anlage auf dem Rathausplatz. Rechts das ehemalige Café „Emilsche“. FOTO: W.SCHÄCHTER

HAUENSTEIN. Gestern waren Teams des Südwestrundfunks von der TV-Sendung „Landesschau“ und vom Hörfunk in Hauenstein unterwegs. Der RHEINPFALZ-Bericht um die im Ort äußerst umstrittene, kostspielige WC-Anlage auf dem Rathausplatz hat überregionale Medien angelockt.

Ein TV-Team des SWR interviewte Joachim Font, den Eigentümer des ehemaligen Cafés „Emilsche“. Er wollte auf dem renovierten Platz eine Freifläche für sein neu zu eröffnendes Eiscafé von der Gemeinde pachten, was wegen der unmittelbaren Nähe zum neuen WC-Gebäude nicht mehr möglich sei (die RHEINPFALZ berichtete). Die neue WC-Anlage, die immer noch nicht funktioniert, ist seit Wochen ein heißes Thema in der Schuhgemeinde.

Genau an der gleichen Stelle stand bis Anfang der 50er Jahre das primitive Toilettengebäude der alten Schule. Es wurde damals zusammen mit dem vorgelagerten „Kittchen“, das die Schulkinder damals auch „Gascha“ nannten, zur Freude der Hauensteiner abgerissen. jjs

LANDKREIS AKTUELL

Südwestpfalz: Recyclinghöfe geschlossen

Die Recyclinghöfe in Hauenstein, Heltersberg, Lemberg und Rodalben sind am morgigen Freitag wegen einer dienstlichen Veranstaltung geschlossen. In Contwig, Dahn-Reichenbach und Donsieders bleiben die Recyclinghöfe ab 12 Uhr geschlossen. jow

Clausen: Fußballclub schlachtet

Am morgigen Freitag findet das traditionelle Schlachtfest beim FK Clausen statt. Ab 18 Uhr gibt es frisches Wellfleisch, Schlachtplatte, Molly, Leberknödel, Bratwurst und Hausmacher-Platte. jow

In der Schulstraße den Klimawandel bremsen

LEUTE AUS DER NÄHE: Josina Bracke nimmt an WWF-Campus teil und simuliert in Heltersberg Null-Emissionsquartier

HELTERSBERG. „Den Klimawandel leugnen, das können wir Menschen nicht ernsthaft tun. Denn er ist Fakt“, sagt Josina Bracke aus Heltersberg. Zu den wichtigsten Aufgaben der Menschheit gehöre es, Lösungen zu finden, wie der Klimawandel gestoppt, zumindest gebremst werden kann. Intensiv hat sie sich im vergangenen Jahr als Nachwuchsforscherin beim 2-Grad-Campus des World Wildlife Fund (WWF) mit dieser Problematik befasst.

Die Chance, sich in das Thema Klimawandel/Klimaforschung einzuarbeiten, Einblicke in die aktuelle Forschung zu bekommen und sich mit interessierten Schülern aus ganz Deutschland mit dem Thema auseinanderzusetzen zu können, „hat mich gereizt“, erklärt die Schülerin des Heinrich-Heine-Gymnasiums in Kaiserslautern. Sie besucht die zwölfte Klasse im Zweig für Hochbegabtenförderung. Mathematik, Biologie und Geschichte sind ihre Leistungskurse.

Sie hatte sich grundsätzlich für die Teilnahme an einer Schülerakademie interessiert. Dass es bei dem WWF-Schüler-Akademie-Angebot um das Thema Klimawandel ging, hat ihr die Entscheidung, sich zu bewerben, erleichtert. „Das Thema interessiert mich persönlich sehr, und ich hatte die Chance gesehen, dieses Thema wissenschaftlich fundiert zu beleuchten“, sagt Bracke. Anfang der elften Klasse bewarb sie sich. Bewerbungsbogen ausfüllen, das Interesse am Thema Klimawandel belegen – im heimischen Garten ist zum Beispiel das Meerschweinchenhaus gedämmt – waren Einstiegsbedingungen. Die erfüllte sie und erhielt die Zusage.

„Es gab vier Gruppen. In welcher man mitarbeiten wollte, durfte man sich aussuchen“, erzählt sie. Sie entschied sich für die Mitarbeit in der Gruppe, die sich mit der Forschungsfrage befasste: „Wie entwickeln wir aus einem Bestandsquartier ein Null-Emissionsquartier mit nachhaltiger Ressourcennutzung.“ Sperriger Titel, bestätigt Bracke lachend. Aber bei der



Schülerin Josina Bracke (oben, Dritte von links) trifft gerne Freunde, treibt Sport, zeichnet – und befasst sich in ihrer Freizeit auch mit wissenschaftlichen Fragen, wie hier in Berlin beim WWF-Campus. FOTO: WWF/ARNOLD MORASCHER/FREI

Gruppe, die sich mit dem Thema Gebäude unter dem Aspekt des Klimawandels befasste, „waren wir sehr offen in der Herangehensweise an das Thema“, sagt Bracke. Auch das habe sie dazu bewogen, sich für dieses Forschungsthema zu entscheiden. Zudem hat es aktuellen Bezug, auch zur Südwestpfalz. Zurzeit beginnen nämlich einige Gemeinden im Kreis damit, sich über das Förderprogramm „Quartiersmanagement“ intensiver mit der Frage zu beschäftigen, wie sie die Emissionen senken können.

„Es funktioniert, aus einem bestehenden Quartier ein Null-Emissionsquartier zu machen“, nimmt Bracke Ergebnisse der mehrmonatigen Arbeit der jungen Forscher vorweg. Bevor die Ergebnisse bis zu den Herbstferien ermittelt waren, stand in den Osterferien 2017 der Start des Projekts mit allen vier Forschungsgruppen in Berlin an. Mit Vorträgen und allgemeinen Informationen zum Klimawandel startete die Arbeit in der Akademie, die parallel

während der Schulzeit weiterlief. Für die Heltersbergerin lautete die Aufgabe, im eigenen Dorf ein Quartier festzulegen, für das berechnet werden sollte, ob es ein Nullemissionsquartier werden kann. Sie entschied sich für einen Abschnitt der Schulstraße in Heltersberg, erfasste Gebäudedaten und sprach mit Bewohnern, um Grundlagendaten zu erhalten.

Der zweite Block intensiver Gruppenarbeit fand an der Universität Wuppertal und in Berlin statt. Karsten Voss und Susanne Hendel von der Fakultät für Architektur und Bauingenieurwesen waren die Mentoren der Forschungsgruppe. Die erfassten Daten wurden genutzt, um die gewählten Quartiere per Computer zu rekonstruieren. In Simulationen wurden Stellenschrauben verändert und verschiedene Szenarien simuliert. „Wir haben den Energiebedarf und die CO₂-Emissionen des Quartiers berechnet, um zu sehen, ob wir null Emissionen erreichen können“, erklärt Bracke. Dazu wurden ver-

schiedene Dämmstandards simuliert, Belüftungssysteme variiert und der Stromverbrauch aller Geräte im Haushalt optimiert. „Durch die Kombination der besten Varianten aller Simulationen schafft man es, auf null Emissionen zu kommen“, sagt Bracke. Zumindest rechnerisch, wie die Ergebnisse zeigten, die die Gruppe beim dritten Block präsentierte, der in den Herbstferien in Berlin stattfand. Im Zuge der Arbeiten zeigte sich, dass die Nutzung von Biomasse (zum Beispiel Holz) zwar gut für die CO₂-Bilanz ist, aber nicht sehr nachhaltig. Eine wichtige Komponente ist es derzeit, das Solarpotenzial voll auszuschöpfen.

Das Bewusstsein, das etwas getan werden muss, weil sich die Menschheit sonst selbst ihre Lebensgrundlage entzieht, „muss alle erreichen“, sagt sie. Aber auch dann sind die Hürden noch hoch. „Es kostet viel Geld, um ein Haus so energieeffizient wie möglich umzubauen“, weiß sie. Aber jeder kleine Schritt auf diesem Weg sei wichtig.

Gemeinde muss Forst Geld zurückzahlen

GROßSTEINHAUSEN: Gericht gibt Landesbetrieb Recht

VON STEFFI BLINN

Auch wenn sie ihren Gemeinewald bereits verpachtet hatte – die Gemeinde Großsteinhausen muss dem Land für zwei Jahre Betriebskosten erstatten. Das hat das Verwaltungsgericht Neustadt entschieden. Laut Bürgermeister Volker Schmitt steht noch nicht fest, ob sich Großsteinhausen gegen das Urteil wehrt.

Es geht um 5495 Euro plus Zinsen. Die Gemeinde Großsteinhausen hat seit Oktober 2014 ihren Wald verpachtet. Erst im Oktober 2016 bildete sie ein eigenes Forstrevier. Für die zwei Jahre dazwischen macht Landesforsten Personalkosten geltend, die die Gemeinde jedoch nicht zahlen will. Mitte Dezember ging der Falls vors Verwaltungsgericht.

Gestern gab das Gericht nun seine Entscheidung bekannt: Es sieht den Landesbetrieb Landesforsten, der die Gemeinde Großsteinhausen verklagt hat, im Recht. Großsteinhausen hatte argumentiert, die Gemeinde habe in besagtem Zeitraum keine Leistungen von Landesforsten Anspruch genommen, denn der Pächter habe ja die forstbetrieblichen Arbeiten übernommen. Das treffe für den Holzverkauf wohl zu, befand die Fünfte Kammer des Verwaltungsgerichts in Neustadt, spielte aber darüber hinaus keine Rolle. Denn der staatliche Revierleiter habe weiterhin „die übrigen Revierleiteraufgaben wie Jahresplanung, Pflegemaßnahmen, Wegeunterhaltung und Naturschutz“ übernommen. Deshalb müsse die Gemeinde Landesforsten das auch bezahlen. Das Gericht bewertet den Betrag als plausibel. Es bestünden „keine Anhaltspunkte für Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Höhe der Forderung“. Die Großsteinhauser hatten hingegen argumentiert, das seien hoheitliche Aufgaben, für die man nichts zahlen müsse.

„Uns wäre es natürlich lieber gewesen, der Fall wäre jetzt vor Gericht anders ausgegangen“, sagte Schmitt gestern im Gespräch mit der RHEINPFALZ. Er will das Urteil nicht weiter kommentieren, bis er mit Thomas Giesen gesprochen hat. Der Rechtsanwalt hatte die Gemeinde bei der Verhandlung im Dezember vor dem Verwaltungsgericht vertreten. Die Gemeinde hat nun einen Monat Zeit, in Berufung zu gehen. Tut sie das und hat Erfolg, kommt der Fall vors Oberverwaltungsgericht in Koblenz.

Die Gemeinde Großsteinhausen hat ihren Wald 2014 an den privaten Forstbetrieb Schmitz Waldwirtschaft verpachtet. Sie kündigte den Vertrag zwischen Gemeinde und Land, in dem sie vor Jahren alle Aufgaben, die mit dem Wald zu tun haben, ans Land übertragen hatte. Das Forstamt Westrich hatte diese Kündigung bestätigt, aber laut Gericht auch darauf hingewiesen, dass die so genannte Pflicht zur Beförderung gemäß dem Landeswaldgesetz und der Landesverordnung zur Durchführung des Landeswaldgesetzes weiterhin gilt – und damit auch weiterhin Personalkosten fällig werden. Denn nach wie vor habe der Großsteinhauser Wald vom Forstrevier Hackmesserseite gehört und somit zum Forstamt Westrich. Das habe sich erst im Oktober 2016 geändert, als Großsteinhausen ein eigenes Forstrevier bildete, das Uli Osterheld von der Firma Schmitz Waldwirtschaft nun im Auftrag der Gemeinde als Revierförster betreut. Bis dahin, so die Auffassung des Gerichts, habe sich Großsteinhausen, wie andere Kommunen auch, an der Beförderung durch den Staat beteiligt müssen.

Die Rechnung von Landesforsten über die rund 5500 Euro stammt vom September 2016. Entsprechend pocht der Landesbetrieb auch auf Zinsen: Laut Schmitt geht es um fünf Prozent, also rund 275 Euro.